

Plenarwoche 26. – 28. März 2025

NRW muss funktionieren: Offensive für mehr Innere Sicherheit

In den vergangenen Tagen und Wochen erreichten uns die Berichte über die weiterhin steigenden Zahlen beispielsweise bei Messerangriffen, Einbrüchen, rechts-extremistischen Straftaten oder der Cyberkriminalität in Nordrhein-Westfalen. Innenminister Herbert Reul kommentiert die negativen Entwicklungen wahlweise damit, es seien gesamtgesellschaftliche Probleme, es stehe leider nicht mehr Geld zur Verfügung oder es gäbe halt keine Mehrheiten für Gesetzesänderungen. Wir geben uns damit nicht zufrieden und starten in dieser Woche mit unserer Offensive für mehr Innere Sicherheit. Denn NRW muss funktionieren.

Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden

Den Anfang machen wir mit unserem Antrag „Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden“. Im Kampf gegen die Kriminalität schlagen wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket vor. Dazu gehört beispielsweise die Polizeipräsenz vor Ort in den Quartieren zu erhöhen und die regelmäßige Vorlage eines Sicherheitsberichtes, um auch außerhalb von Jahresrückblicken ein umfassenderes Bild der Kriminalitätsentwicklung zu erhalten. Zudem soll das Land sich auf der Bundesebene für eine Speicherung von IP-Adressen durch Telekommunikationsunternehmen im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einsetzen.

„Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche

An diesen drei Plenartagen stellen wir noch fünf weitere Anträge zur Inneren Sicherheit, in denen wir konkrete Vorschläge formuliert haben. Um die Sicherheit im Cyberraum insbesondere für junge Menschen zu erhöhen, schlagen wir die Einrichtung eines „Online-Kommissariats“ für Kinder und Jugendliche vor, die dort unter anderem Straftaten im digitalen Raum anzeigen können. Hintergrund ist, dass sich im digitalen Zeitalter der Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen zunehmend in virtuelle Welten verlagert. Dort haben sie aber bisher keinen Ansprechpartner, wenn es um Online-Gewalt, schnelle Hilfe bei Cybermobbing, Belästigungen oder Straftaten im Internet geht.

Häusliche Gewalt ist keine Privatsache – Neues Gewalthilfegesetz jetzt umsetzen

Die neuen Zahlen zur häuslichen Gewalt in Nordrhein-Westfalen sind besorgniserregend: Über 61.400 Fälle im Jahr 2024 bedeuten einen erneuten Anstieg um 1,9 Prozent. In etwa 70 Prozent der Fälle sind die Opfer Frauen – und das oft über Jahre hinweg. Hinzu kommt, dass die Dunkelziffer enorm hoch ist. Daher fordern wir eine zügige Umsetzung des neuen Gewalthilfegesetzes, das bundesweit einen individuellen Rechtsanspruch auf Schutz- und Beratungsangebote festlegt. Mit der Umsetzung in Nordrhein-Westfalen bis 2032 zu warten ist angesichts der Fallzahlen viel zu spät. 7.234-mal mussten Frauen 2023 aus Platzmangel an den Frauenhäusern abgewiesen werden.

Bei mehr Kriminalität braucht es mehr Justiz

Die Personalausstattung der nordrhein-westfälischen Justiz gleicht einem Schweizer Käse. Auf allen Ebenen fehlen Leute. Und dort, wo neues Personal ausgebildet werden soll, wie zum Beispiel bei den Referendaren, wird die Zahl der Ausbildungsplätze auch noch gekürzt. Folge: Die Justiz ist dadurch hoffnungslos überlastet. Angesichts 255.000 unerledigter Ermittlungsverfahren und 80.000 offener Haftbefehle in Nordrhein-Westfalen fordern wir von der Landesregierung, endlich mehr Personal einzustellen.

Mehr Resozialisierung bedeutet mehr Sicherheit

Aufgrund der Sozialkürzungen durch die schwarz-grüne Koalition mussten die freien Träger ihre Angebote und Hilfen deutlich einschränken. Das führt auch zu unerträglich langen Wartezeiten für beispielsweise Therapieplätzen von Sexualstraftätern. Dabei ist allen bewusst: Schlecht resozialisierte Straftäter gefährden die Sicherheit der Gesamtbevölkerung. Wir fordern die schwarz-grüne Koalition auf, die Kürzungen im Bereich der freien Straffälligenhilfe rückgängig zu machen und somit mehr Resozialisierung zu ermöglichen: Das ist die beste Form der Prävention vor der Begehung weiterer Straftaten. Mehr Resozialisierung bedeutet mehr Sicherheit.

Nordrhein-Westfalen braucht ein Sonderprogramm zur Bekämpfung dunkler Orte

Den Abschluss macht am Freitag der Antrag „Es werde Licht – Angsträume beseitigen! Nordrhein-Westfalen braucht ein Sonderprogramm zur Bekämpfung dunkler Orte“. Inzwischen gibt es Plätze in NRW, die Sinnbilder für Verwahrlosung und

Kriminalität sind. Wir schlagen wir ein Sonderprogramm „1.000 helle Orte“ vor, durch das Städte und Gemeinden finanzielle Mittel für die gezielte bauliche Umgestaltung oder eine moderne und energieeffiziente Ausleuchtung von Angsträumen erhalten. Zudem soll ein landesweiter digitaler „Mängel- und Angstrammel-der“ eingeführt werden, über den Bürgerinnen und Bürger gefährliche oder unübersichtliche Orte unkompliziert melden können.

Erste Reaktionen...

SPD fordert «Online-Kommissariat» für Kinder und Jugendliche
 Erwachsene können seit Jahren online bei der Polizei Anzeige erstatten. Dabei sind Kinder und Jugendliche im Internet häufig Opfer. Sie sollen aus Sicht der SPD auch eine Anlaufstelle bekommen. Düsseldorf(dpa/lnw)-Die SPD im Düsseldorfer Landtag fordert ein «Online-Kommissariat» für Kinder und Jugendliche, die dort Straftaten im digitalen Raum anzeigen könnten. Bisher gibt es die Internet-Wache der NRW-Polizei, die sich vor allem an Erwachsene richtet. Die SPD-Fraktion möchte einen entsprechenden Antrag kommende Woche im Plenum stellen. Im digitalen Zeitalter verlagert sich der Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen in den digitalen Raum. Und mit Blick auf die aktuelle Aufstellung, heißt es in dem Antrag. Eine solche Kinderschutzstruktur, muss die SPD-Fraktion fordern in ihrem Antrag zudem, «dass das Online-Kommissariat regelmäßig westfälischen zugeschnitten ist und ihre Sicherheitsarbeit – insbesondere in Schulen sowie auch im digitalen Raum wie z.B. in Sozialen Medien, Streaming-Plattformen und im Gaming-Bereich - bekannt gemacht wird.»

Textinformationen
Copyright: dpa



„ Da darf kein Warnschild sein, auf dem steht: »Bleiben Sie nicht länger als notwendig«

Christina Kampmann,
innenpolitische Sprecherin
der SPD im Landtag

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Unsere 9-Uhr-Meldungen:

Am Dienstagmittag, 25. März 2025, wird Jochen Ott im Rahmen eines Pressegespräches die „Offensive für mehr Innere Sicherheit“ der Landespressekonferenz vorstellen. An den drei Plenartagen werden wir jeden Morgen um 9:00 Uhr eine Pressemitteilung mit Hinweisen zu den anstehenden Antragsberatungen veröffentlichen. Wir stellen sie euch für die Arbeit vor Ort zur freien Verfügung:

Pressemitteilung – 26. März 2025:

Elisabeth Müller-Witt / Christina Kampmann: „NRW muss funktionieren: Offensive für mehr innere Sicherheit“

Der Landtag von Nordrhein-Westfalen debattiert am heutigen Mittwoch, die beiden SPD-Anträge „Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden“ und „Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche“. Hierzu erklären Elisabeth Müller-Witt, stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion im Landtag NRW, und Christina Kampmann, innenpolitische Sprecherin:

Elisabeth Müller-Witt:

„In den vergangenen Tagen und Wochen erreichten uns die Berichte über die weiterhin steigenden Zahlen beispielsweise bei Messerangriffen, Einbrüchen, rechtsextremistischen Straftaten oder der Cyberkriminalität in Nordrhein-Westfalen. Innenminister Herbert Reul kommentiert die negativen Entwicklungen wahlweise damit, es seien gesamtgesellschaftliche Probleme, es stehe leider nicht mehr Geld zur Verfügung oder es gäbe halt keine Mehrheiten für Gesetzesänderungen. Wir geben uns damit nicht zufrieden und starten in dieser Woche mit unserer Offensive für mehr Sicherheit. Denn NRW muss funktionieren.

Den Anfang machen wir heute mit unserem Antrag „Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden“. Im Kampf gegen die Kriminalität schlagen wir ein umfangreiches Maßnahmenpaket vor. Dazu gehört beispielsweise die Polizeipräsenz vor Ort in den Quartieren zu erhöhen und die regelmäßige Vorlage eines Sicherheitsberichtes, um auch außerhalb von Jahresrückblicken ein umfassenderes Bild der Kriminalitätsentwicklung zu erhalten. Zudem soll das Land sich auf der Bundesebene für eine Speicherung von IP-Adressen durch Telekommunikationsunternehmen im Einklang mit der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs einsetzen.“

Christina Kampmann:

„An diesen drei Plenartagen stellen wir noch fünf weitere Anträge zur Inneren Sicherheit, in denen wir konkrete Vorschläge formuliert haben. Um die Sicherheit im Cyberraum insbesondere für junge Menschen zu erhöhen, beantragen wir heute Nachmittag die Einrichtung eines „Online-Kommissariats“ für Kinder und Jugendliche, die dort unter anderem Straftaten im digitalen Raum anzeigen können.

Hintergrund ist, dass sich im digitalen Zeitalter der Aufenthalt von Kindern und Jugendlichen zunehmend in virtuelle Welten verlagert. Dort haben sie aber bisher keinen Ansprechpartner, wenn es um Online-Gewalt, schnelle Hilfe bei Cybermobbing, Belästigungen oder Straftaten im Internet geht. Unser Lösungsvorschlag ist ein Online-Kommissariat, das regelmäßig durch umfassende Öffentlichkeitsarbeit – insbesondere in Schulen sowie auch in Sozialen Medien, auf Streaming-Plattformen und im Gaming-Bereich – bekannt gemacht wird.“

* * *

HINWEISE:

Die Debatte zum SPD-Antrag „Handlungsbedarf bei der inneren Sicherheit darf nicht ignoriert werden“ können Sie ab 12:10 Uhr [hier im Livestream](#) verfolgen.

Die Debatte zum SPD-Antrag „Mehr Schutz und Sicherheit im Cyberraum – Nordrhein-Westfalen braucht ein „Online-Kommissariat“ für Kinder und Jugendliche“ können Sie ab 14:10 Uhr [hier im Livestream](#) verfolgen.

Pressemitteilung – 27. März 2025:

Sonja Bongers:

„Mehr Resozialisierung bedeutet mehr Sicherheit“

„NRW muss funktionieren! Mehr Resozialisierung für mehr Sicherheit“ heißt der Antrag, den die SPD-Fraktion heute, 27. März 2025, im Landtag zur Abstimmung stellt. Hierzu erklärt Sonja Bongers, rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW:

„Wenn Strafgefangene nach dem Verbüßen ihrer Haft aus dem Strafvollzug entlassen werden, müssen sie darauf vorbereitet sein, sich wieder in die Gesellschaft einzugliedern. Dies ist nicht allein Aufgabe des Justizvollzugs. Über Jahrzehnte wurden Strukturen in der Zivilgesellschaft geschaffen, die für eine geordnete Eingliederung in den Alltag außerhalb der Gefängnismauern sorgen. Diese freie Straffälligenhilfe stellt mit ihrem Therapieangebot und der Wohnungs- sowie der Beschäftigungssuche einen wertvollen Beitrag zur

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

Resozialisierung dar. Doch aufgrund der Sozialkürzungen durch die schwarz-grüne Koalition mussten die freien Träger ihre Angebote und Hilfen deutlich einschränken. Das führt nun beispielsweise zu unerträglich langen Wartezeiten für Therapieplätzen unter anderem auch von Sexualstraftätern. Dabei ist allen bewusst: Schlecht resozialisierte Straftäter gefährden die Sicherheit der Gesamtbevölkerung. Wir fordern die schwarz-grüne Koalition auf, die Kürzungen im Bereich der freien Straffälligenhilfe rückgängig zu machen und somit mehr Resozialisierung zu ermöglichen: Das ist die beste Form der Prävention vor der Begehung weitere Straftaten. Mehr Resozialisierung bedeutet mehr Sicherheit.

* * *

HINWEIS:

Die Debatte zum SPD-Antrag können Sie ab 13:50 Uhr [hier im Livestream](#) verfolgen.

Pressemitteilung – 28. März 2025:

Anja Butschkau:

**„Es werde Licht – Angsträume beseitigen!
Nordrhein-Westfalen braucht ein Sonderprogramm
zur Bekämpfung dunkler Orte“**

Die SPD-Fraktion bringt am heutigen Freitag, 28. März 2025, den Antrag „Es werde Licht – Angsträume beseitigen! Nordrhein-Westfalen braucht ein Sonderprogramm zur Bekämpfung dunkler Orte“ in den Landtag ein. Hierzu erklärt Anja Butschkau, frauenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Landtag NRW:

„Dunkle Straßen, verwinkelte Tiefgaragen, schlecht einsehbare Unterführungen und leere Plätze am späten Abend – in solchen Angsträumen fühlen sich viele Menschen unwohl und nicht sicher. Die Folge ist, dass diese Orte – insbesondere von Frauen – gemieden werden. Inzwischen gibt es Plätze in NRW, die Sinnbilder für Verwahrlosung und Kriminalität sind. Es darf aber nicht sein, dass so die Bewegungsfreiheit vieler Menschen massiv eingeschränkt wird. Die schwarz-grüne Landesregierung hat dagegen bisher viel zu wenig getan. Da auch unregelmäßige Polizeikontrollen nicht ausreichen, müssen solche Plätze und Orte umgebaut und erhellt werden: Sicherheit im öffentlichen Raum muss wieder auf die Agenda.

#SozialerFortschritt
Für die Vielen,
nicht die Wenigen.

In unserem Antrag schlagen wir ein Sonderprogramm „1.000 helle Orte“ vor, durch das Städte und Gemeinden finanzielle Mittel für die gezielte bauliche Umgestaltung oder eine moderne und energieeffiziente Ausleuchtung von Angsträumen erhalten. Zudem soll ein landesweiter digitaler „Mängel- und Angstraummelder“ eingeführt werden, über den Bürgerinnen und Bürger gefährliche oder unübersichtliche Orte unkompliziert melden können. Andere Bundesländer wie Hessen haben bereits erfolgreich zentrale Meldesysteme etabliert – das muss auch in NRW möglich sein. Menschen müssen sich auf dem Weg zur Arbeit, zur Schule oder nach Hause sicher fühlen.“

* * *

HINWEIS:

Die Debatte zum SPD-Antrag können Sie ab 12:10 Uhr [hier im Livestream](#) verfolgen.